

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Bezugspreis mit dem Postlosgeld beträgt jährlich 1,20 RM. Einzelhefte 10 Pf. Die Redaktion ist in Ottendorf-Okrilla, Postfach 122. Telefon 122. Die Druckerei ist in Ottendorf-Okrilla, Postfach 122. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kobold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Die Ottendorfer Zeitung ist ein Anzeigebblatt für die Ottendorfer Bevölkerung. Sie enthält alle amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla. Die Zeitung ist in drei Ausgaben pro Woche: Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Bezugspreis mit dem Postlosgeld beträgt jährlich 1,20 RM. Einzelhefte 10 Pf. Die Redaktion ist in Ottendorf-Okrilla, Postfach 122. Telefon 122. Die Druckerei ist in Ottendorf-Okrilla, Postfach 122. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben.

Nummer 22

Freitag den 20. Februar 1931

30. Jahrgang

Vertikales und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 19. Februar 1931.

Die Laubkolonie, ein neues Tonfilm-Werk. Nun Land für den Tonfilm erschließt der neue Kassa-Tonfilm „Die lustigen Musikanten“ (Laubkolonie), der ab Donnerstag in den besten Schauburg-Theatern erscheinen wird. Hier ist es das Werk der Schrebergärten und der Laubkolonie, das den Hintergrund der amüsanten Filmhandlung bildet. Ueber die glänzenden Abenteuer eines lustigen Büwerts wird man in Szenen voll französischer Komik unterrichtet. Die Besetzung des Films besteht aus den besten deutschen Filmkolonisten; darunter Fritz Kampers, Hermann Picha, Camilla Spira, Erna Glöckner und Julius Falkenstein. Regie führt Max Obal; die musikalische Untermalung, die auch ein paar schmissige Schlager enthält, stammt von dem bekannten Komponisten Dr. V. Koper. Helikopterfahrten wurden überall dort eintreffend, wo der Film bisher zur Aufführung kam.

Am vergangenen Sonnabend hielt der hiesige Turnverein Jahn e. V. im Ring seine Jahresversammlung ab, die einen guten Verlauf aufweisen konnte. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge nahm man mit großem Interesse die Jahresberichte der einzelnen Abteilungsleiter zur Kenntnis. Der Kassierbericht zeigte ein befriedigendes Bild, trotzdem dem Verein ein beträchtlicher laufender Ausfall dadurch entsteht, daß zahlreiche erwerbslose Mitglieder steuerfrei sind. Dem Kassier wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahlen einzelner Turnratsmitglieder konnte dank der Bereitschaft des Wohlandsschusses schnell erledigt werden und blieben die Kassen zum größten Teil in den bisherigen bewährten Händen. Nur für den auscheidenden Mannsturnwart H. Röhle wurde an dessen Stelle G. Rühle gewählt. Der wohl wichtigste Punkt der Tagesordnung die Verwendung des Geldes der Banparasse brachte den bemerkenswerten Beschluß, der mit überwältigender Mehrheit gefaßt wurde, daß der im Projekt bereits fertig vorliegende Bau eines Bades auf dem am dem Sportplatz grenzenden Gelände sofort in Angriff genommen werden soll. Das Geld der Banparasse soll dazu verwendet werden, auch soll durch weiteres Sparen noch Mittel für diesen Zweck beschafft werden. Unter Verschiedenes wurde noch ein Bericht des Festausschusses über das am 28. Febr. stattfindende Faschingsfestvorgehen entgegen genommen und sodann noch beschloffen aller Vierteljahre eine Versammlung abzuhalten.

Dresden. Das Faschingsstreben, soweit es öffentlich in Erscheinung tritt, hatte diesmal am Rosenmontag und Faschingsdienstag nicht den Umfang wie in früheren Jahren. Die Stimmung schien allgemein nicht so ausgelassen wie sonst; auch fand ein offizieller Karnevalsanzug mit Rücksicht auf die Kostagetrober Teile der Bevölkerung nicht statt. Erst in den späten Abendstunden sah man Kostüme, in den Hauptverkehrsstraßen herrschte dann zeitweise ein lebhaftes buntes Gewimmel, in dem auch die schon so oft gerügten Prellschläger wieder Gelegenheit zu sinnloser Betätigung fanden. Mit einer eigenartigen Rundgebung mit kommunal-politischem Anstrich machten die Kochwitzer von sich reden. In einer zweispännigen Postkutsche legten die nunmehr fast zehn Jahren in Dresden einverlebten Kochwitzer humorvollen Einspruch ein gegen die Vernachlässigung ihres Vorortes in verkehrspolitischer Hinsicht. In ihrem mittelalterlichen Fahrzeug fuhren sie durch die Hauptstraßen und statteten auch dem Rathaus einen Besuch ab. Zwischen sozialdemokratischen Parteiverteilern und politischen Gegnern kam es auf dem Birnauischen Platz zu einem Handgemenge, wobei ein nationalsozialistischer Zeitungsmann umgeworfen wurde; es wurden fünf Feststellungen vorgenommen. Außerdem wurden während des Dienstagabends insgesamt 26 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Weisungen festgenommen, aber nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

Dresden. Das Gesamtministerium stimmte dem Entwurf des Haushaltsplans und des Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1931 zu. Der Ordentliche Staatshaushalt gleicht sich in Einnahme und Ausgabe mit 401 052 460 RM aus. Zu außerordentlichen Staatsausgaben ist ein Gesamtbetrag von 27 688 850 RM ausgesetzt worden. Die Entwürfe werden dem Landtag alsbald zugeleitet werden.

Der neue Etatentwurf weist also gegen den vorjährigen, der im Ordinarium mit 416,5 Millionen RM balanzierte, eine Ersparnis um etwa 15,5 Millionen RM auf. Im Extraordinarium sind die Ausgaben gegen den Voranschlag für 1930 mit 43,7 Millionen RM, also um etwa 10 Millionen Reichsmark heruntergebracht worden.

Berna. Die Generalversammlung der Schweizerischen Genossenschaftsbank, die ihre Zahlungen eingestellt hat, nahm Kenntnis von der Bilanz, die einen Verlust von rund 700 000 Reichsmark aufweist. Nach teilweise sehr erregter Aussprache wurde ein Ausschuss gewählt, der die Aufgabe hat, eine Gegenbilanz aufzustellen und zu prüfen, ob vielleicht Aufsichtsratsmitglieder erlasspflichtig gemacht werden können.

Wurzener Arbeitsschule auf Reisen. In der Schulausschreibung wurde u. a. über einen Schüleraustausch, die sogenannte Arbeitsschule auf Reisen, verhandelt. Was die Mädchenarbeit betrifft, so wollen die Schulgemeinden Wurzener und Tharandts acht Tage lang je eine Klasse austauschen, und zwar sollen die Kinder bei den Familien der ausgewählten Mädchen des anderen Ortes untergebracht werden. Der Austausch bewegt in erster Linie, daß die Wurzener Kinder die Umgebung Tharandts und die Tharandter die Wurzener Gegend kennenlernen. Im Mittelpunkt des Wochenpensums stehen vor allem Heimat- und Naturkunde. Der Austausch erklärte sein Einverständnis mit diesem Vorhaben.

Erdfrost in Zwickau

Zwickau. Am Mittwochnachmittag gegen 4 30 Uhr wurde im Nordteil der Stadt ein kurzer, aber sehr kräftiger Erdfrost verpöht.

Zwickau. Verhafteter Kommunistenführer. Der Glauchauer Kommunistenführer Rudolf Schel, der sich nach der jüngsten Verhandlung vor der Zwickauer Großen Stammung wegen des gegen ihn erlassenen Haftbefehls verborgen gehalten hatte, ist jetzt an der böhmischen Grenze bei Johanngeorgenstadt festgenommen worden. Er war bekanntlich wegen Beteiligung an den Vorgängen in Reinholdsdorf im Juli vorigen Jahres zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sieben Monaten verurteilt worden.

Chemnitz. Verzeihungsgeld einer Mutter. In einem Hause der Silberbergstraße wurde eine in den vierziger Jahren lebende Frau mit ihrem elfjährigen Sohne und fünfjährigen Enkelkind gasvergiftet aufgefunden. In Abwesenheit des Ehemannes hatte sie aus noch unbekanntem Grund diesen Verzeihungsgeld unternehmen lassen. Der Feuerwehrgang gelang es, mit dem Sauerstoffapparat die Frau und das Enkelkind wieder ins Leben zurückzurufen, während der Sohn bereits tot war.

Leipzig. Warnung vor der „Deutsche Kreuzmission“. Seit einiger Zeit treiben Werber der „Deutschen Kreuzmission“, deren Gründer der „Millionsdirektor“ Fauth ist, ihr Unwesen. Die von der Kriminalpolizei angefertigten Ermittlungen haben ergeben, daß diese unter der Fassade der Wohltätigkeit liegende Vereinigung ein betrügerisches Unternehmen ist. Fauth verwendet die gesammelten Gelder für sich. Von ihm werden auch mehrere Werber beschäftigt, die ohne polizeiliche Genehmigung im Auftrag des „Millionsdirektors“ Gelder einsammeln. Die Werber legen einen Werbeschein der „Deutschen Kreuzmission“ vor. Hatte jemand Interesse an der Sache, so wurde gebeten, einen Betrag in beliebiger Höhe für die Schrift „Der Bote vom Kreuz“ zu zahlen, mindestens aber 15 Pfennig. Fauth hat jetzt sein Tätigkeitsfeld nach Dresden verlegt, doch sind Werber für ihn auch noch in der Leipziger Gegend tätig.

Leipzig. Tumult im Wohlfahrtsamt. Am Mittwochnachmittag kam es im Stadthaus in den Gängen des Fürsorgeamtes, in denen sich starke Ansammlungen gebildet hatten, zu offenbar planmäßig vorbereiteten Kundgebungen rabaulustiger Elemente, die sich durch Singen, Gröhlen und Weisen hervorboten. Die Unruhestifter mußten durch scharfes Eingreifen der Wohlfahrtspolizei zur Ruhe gebracht werden. Eine Anzahl Personen, darunter ein kommunistischer Stadtorde, mußten der Wohlfahrtspolizeihauptwache zugelaufen werden. Eine Kommission der Erwerbslosen sprach beim Fürsorgeamt vor.

Wien. Wie aus dem von der amtlichen Zentralstelle für Außenhandel veröffentlichten statistischen Nachrichtenmaterial hervorgeht, hat sich trotz der schlechten Weltmarktlage in fast allen Ländern die deutsche Ausfuhr von Zwillingen und Spigen nach Blauener Art im Jahre 1930 im Vergleich zu 1929 weiter gehoben. Die wiederauflebende Spigenmode dürfte auch im laufenden Jahre die deutsche Ausfuhr vergrößern. Ganz auffällig ist die Steigerung der Ausfuhr nach Frankreich, das 1930 mehr als doppelt so viel kaufte wie 1929; auch Belgien hat ersichtlich mehr genommen. Recht beachtlich ist der Fortschritt bei Spanien, das trotz seiner eigenen großen Spigenindustrie und hoher Zölle für deutsche Artikel eine zunehmende Vorliebe befinde. Das gleiche gilt für Argentinien, das ungeachtet des Preissturzes für alle seine Bodenerzeugnisse keine Bezüge um fast die Hälfte vermehrte. Dagegen dürften die Vereinigten Staaten infolge der Prohibitivzölle für Spigen vorläufig als Käufer hierfür ausgefallen.

Ungepannte Kassenlage Sachsens

Dresden. Im Haushaltsausschuß A des Sächsischen Landtags machten Finanzminister Dr. Hedrich und Innenminister Richter bei der Beratung zweier sozialdemokratischer Entwürfe auf Erhöhung der in den außerordentlichen Etat eingeleiteten 6,5 Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Bezirksfürsorgeverbände auf 15 Millionen und zur weiteren Erhöhung der außerordentlichen Beihilfen für den Vorkostenausgleichsstock von 1,3 auf 5,5 Millionen eingehende Ausführungen über die Kassenlage des Staates und über die immer mehr zunehmende Verschlechterung der Finanzlage der sächsischen Gemeinden.

Finanzminister Dr. Hedrich erklärte, daß den Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden unter allen Umständen geholfen werden müsse. In den nächsten Etat sollen 7,3 Millionen eingeleitet werden, außerdem sollen 8 Millionen bereitgestellt werden an Unterstützungen, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Mittel beschafft werden können. Die Einführung der Halbmonatsgebaltzahlungen würde die Kassenlage des Staates wesentlich erleichtern.

Die Kassenlage des Staates sei außerordentlich angepannt, allein im Februar mußten 31,6 Millionen Reichsmark aufgebracht werden. Da ein größerer Schweizer Kredit nicht verlängert werden konnte, mußte die Staatsbank mehrere Millionen übernehmen. Die Regierung werde versuchen, einen größeren Posten Schahanweisungen im Inland unterzubringen, da im März neuerdings 45 Millionen flüssig gemacht werden müssen. Die Preussische Seehandlung und auch das Reichsfinanzministerium haben Finanzhilfe zugesagt. Der Regierung sei es gelungen, eine Verleerstellung Sachsens bei den Reichssteuerüberweisungen durchzuführen.

Innenminister Richter führte u. a. aus, daß dem außerordentlich starken Anwachsen der Wohlfahrtslasten ein allgemeiner Einnahmerückgang gegenüberstehe. In Borna z. B. lämen auf 1000 Einwohner 140 Erwerbslose. Zur Zeit seien im Lande 258 000 Hauptunterstützungsempfänger, 144 000 Krisenunterstützungsempfänger und 115 000 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger vorhanden. Mit der Zahl der Krisenunterstützten liege Sachsen 180 Prozent über dem Reichsdurchschnitt und in der Wohlfahrtsfürsorge mit 140 Prozent. Die Haushalte der Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände hätten mit riesigen Fehlbeiträgen zu rechnen. Die Gesamtverschuldung der sächsischen Gemeinden betrage etwa 1,1 Milliarde. Das sind auf den Kopf der Bevölkerung 220 Reichsmark. Der hierfür nötige Zinsendienst beanspruche 77 Millionen oder 15,40 RM auf den Kopf der Bevölkerung.

Der sozialdemokratische Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die der bürgerlichen Parteien angenommen. Ein Entschuldigungsantrag der bürgerlichen Parteien, der die Regierung ermächtigen will, diese im außerordentlichen Haushaltsplan eingeleiteten Beträge nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zu überschreiten, wurde mit der gleichen Mehrheit abgelehnt.

Aus den Nachbargebieten

Englische Kohle für die Großgaserei Magdeburg. Die Großgaserei Magdeburg legte in einer Preisbesprechung die Angelegenheit der Verwendung englischer Kohle dar. Oberbaudirektor Dr. Heß von der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft stellte fest, daß der Preisunterschied zwischen der englischen Kohle und deutscher Kohle, die nicht nach dem Selbstverbraucherabkommen geliefert werde, etwa 8 RM je Tonne ausmache. Die Großgaserei sei also gezwungen gewesen, englische Kohle zu benutzen, wollte sie die Ziele, die sie sich als Gemeinschaftsbetrieb von öffentlicher und privater Wirtschaft gestellt hat, erreichen. Oberbaudirektor Dr. Heß gab noch einmal einen Überblick über die Rechtslage und die Verhandlungen bis zur Ablehnung des Selbstverbraucherrechts durch das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, daß der von Magdeburg erzeugte Koks ein derartiger Koks sei, wie ihn das Syndikat vertreibt. Es handle sich hier um eine Vergewaltigung der Großgaserei Mitteldeutschland. Diese gehöre dem Gaskontingentsyndikat an. Ihr Koks unterliege damit schon der Zwangsabwicklung durch ein Organ des Kohlenwirtschaftsgebietes und sei der Verfügungsgewalt der Großgaserei entzogen. Der Koks der Großgaserei könne nun nicht noch einmal dem Ruhryndikat zur Verfügung gestellt werden, abgesehen davon, daß es ein Übel sei, einen mit teildeutschen Wirtschaftszweig von Essen aus kontrollieren zu lassen. — Die geschädigten Interessentkreise haben sich nun an die Reichsregierung gewandt mit dem Antrag, die Kartellnotverordnung auch auf diesen Fall anzuwenden. Dann wurde Beschwerde erhoben beim Reichskohlenverband. Endlich sei noch die Möglichkeit gegeben, bei einer eventuellen Erneuerung des Zwangskontingents die Frage der Belieferung der Großgaserei wieder aufzurollen.

Zahlungseinstellung der Erwerbsbank Leuchtern

Leuchtern. Die Erwerbsbank Leuchtern hat ihre Zahlungen eingestellt und Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt. Zu dieser Maßnahme soll die Bankleitung dadurch veranlaßt worden ein, daß ein Sturm der Einleger auf die Bank einlegte, die die Auszahlung ihrer Guthaben verlangten. Wie es heißt, sollen sämtliche Verbindlichkeiten voll gedeckt sein, so daß Verluste der Einleger nicht zu befürchten sind.

Keine Gehaltskürzung in der chemischen Industrie

Halle. Die Nachrichten über Gehaltskürzungsverhandlungen in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands und damit auch bei den Vorkostenverbänden entsprechen nicht den Tatsachen.